

ERNEUERBARE ENERGIEN

DAS MAGAZIN FÜR WIND-,
SOLAR- UND BIOENERGIE

09.05.2018

Meinung von Ove Petersen

Landespolitik kann die Verkehrswende einleiten

Ove Petersen, Mitgründer und Geschäftsführer von GP Joule, erklärt, wie die Energiewende nicht nur im Strom, sondern auch bei Wärme und Verkehr funktioniert - und wie man dabei noch Kosten spart. Die Bundesländer können aktiv gestalten.



GP-Joule-Mitgründer Ove Petersen erklärt, wie die Energiewende für alle Sektoren funktionieren kann.

Foto: GP JOULE

Es ist an der Zeit, über den Strommarkt hinaus und sektorübergreifend zu denken. Wenn die Dekarbonisierung zunächst nur auf den Stromsektor zielt, und erst anschließend Sektoren wie Wärme und Mobilität berücksichtigt werden, dann wird die Energiewende sehr, sehr teuer. Wir müssen jetzt Lösungen für den Wärme- und Verkehrssektor entwickeln und beginnen umzusetzen – nicht erst, wenn der Strommarkt vollständig bedient ist. Heute sollte der Regenerativanteil linear in allen Sektoren steigen, um diese schnellstmöglich CO₂-frei zu machen. Wir sehen gerade mit der Elektrolyse schon heute die beste Möglichkeit, die Sektoren miteinander zu verbinden und durch smarte Integration die Kosten zu senken.

In jedem Fall müssen wir weiterhin in den Dialog mit der Politik treten. Die Landespolitik kann einen guten Beitrag leisten. Beim Thema öffentlicher Nahverkehr zum Beispiel kann doch eine Landesregierung sagen: Wir schreiben keine Dieselbusse mehr aus, sondern alternative Antriebe. Schleswig-Holsteins Regierung hat begriffen, was es bedeutet, billigen Strom aus erneuerbaren Energien anbieten zu können.

Befreiung von Netzentgelten

Wichtig wäre im Weiteren, dass man keine Netzentgelte zahlen muss, wenn man zum Beispiel einen Elektrolyseur in Schleswig-Holstein betreibt und mit Regenerativstrom versorgen will. Damit können netzdienliche Überlasten kompensiert werden und zudem könnte man auch noch ihre Abwärme zum Beispiel für Wärmenetze lokal nutzen. Schleswig-Holstein will gerade für die Digitalwirtschaft als Standort attraktiv werden und dafür brauchen wir auch redundante Energiesysteme, die wir mit Langzeitspeicher wie Wasserstoff gewährleisten könnten. Rechenzentren orientieren sich derzeit eher nach Dänemark, wo genau mit der günstigen und grünen Versorgung von Strom und mit der Abwärme-„Entsorgung“ geworben wird.

Eine Netzentgeltbefreiung gibt es nur für große Konzerne, die übers Jahr mehr als zehn GWh kontinuierlich über 7.000 Stunden abnehmen. Viel sinnvoller wäre es aber doch, diejenigen zu belohnen, die flexibel Strom abnehmen – also etwa wenn besonders viel Regenerativstrom im Netz ist. Auf diese Weise würden Produktionsspitzen gekappt und Windparks müssten nicht vom Netz gehen. Solange aber Energie günstig

bleibt, gerade für stromintensive Unternehmen, und die Politik daran nicht rüttelt, werden solche innovative Alternativen ausgebremst.

Power-to-Gas kann heute schon einen wichtigen Beitrag leisten, um Wärme und Mobilität zu dekarbonisieren – die Sektoren, die bisher völlig vernachlässigt wurden. Besonders effizient wird die Technologie, wenn man die Sektoren auch noch miteinander verbindet, sodass man mehr Möglichkeiten hat, den Wasserstoff nach Bedarf zu verteilen.

Ein weiterer, ganz wichtiger Pluspunkt ist aber die regionale Wertschöpfung. Wird der Strom vor Ort veredelt, erhöht sich die Akzeptanz. Das könnten sogar die neuen Beteiligungsmodelle für Bürger werden.

(Aufgezeichnet von Nicole Weinhold)